

**Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht**



BaFin

BaFin | Postfach 12 53 | 53002 Bonn

Herrn
Peter Fitzek
"Königliche Reichsbank"
Coswiger Straße 7
06886 Lutherstadt Wittenberg

29.11.2013
GZ: Q 32-QF 5000-2013/0088 (44590) - Go (Bitte stets angeben)
2013/1238603
Unerlaubter Betrieb von Bankgeschäften nach § 32 Abs. 1 KWG

Untersagungsverfügung
Abwicklungsanordnung
Weisung zur Abwicklung
Auskunfts- und Vorlegungsersuchen
Androhung der Festsetzung eines Zwangsgeldes
Gebührenfestsetzung

I.

Gemäß § 37 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) erlasse ich folgende Anordnung:

1.

Ich gebe Ihnen auf, den Geschäftsbetrieb sofort einzustellen, soweit Sie das Einlagengeschäft im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG dadurch erlaubnispflichtig betreiben, dass Sie auf der Grundlage von Verträgen „über ein partiarisches Darlehen/ Genußrecht (Beteiligungsdarlehen, Genußrecht)“ (nachfolgend Verträge) - Insbesondere für ein von Ihnen beworbenes „Projekt - Universität“ - fremde Gelder als Einlagen oder andere unbedingt rückzahlbare Publikumsgelder annehmen.

2.

Sie haben jegliche Werbung für die Verträge, insbesondere auf den Webseiten www.neudeutschland.org, www.koenigreichdeutschland.de und www.reichsbank.org, sowie auf Veranstaltungen mit interessiertem Publikum einzustellen.

3.

Ich gebe Ihnen auf, das Einlagengeschäft im Sinne von § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG unverzüglich abzuwickeln.

**Abteilung
Erlaubnispflicht und
Verfolgung unerlaubter
Geschäfte**

Hausanschrift:
Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn | Germany

Kontakt:
Herr Gohr
Referat Q 32
Fon +49 (0)2 28 41 08-1853
Fax +49 (0)2 28 41 08-1550
poststelle@bafin.de
www.bafin.de

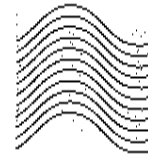
Zentrale:
Fon +49 (0)2 28 41 08-0
Fax +49 (0)2 28 41 08-1550

Dienstsitze:
53117 Bonn
Graurheindorfer Str. 108
Georg-von-Boeselager-Str. 25

53175 Bonn
Drelzehnmorgenweg 13-15
Drelzehnmorgenweg 44-48

60439 Frankfurt
Marie-Curie-Str. 24-28

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht



BaFin

Seite 2 | 10

Hierzu welse Ich Sie an, alle unbedingt rückzahlbaren Anlegergelder, die Sie aufgrund der Verträge angenommen haben, unverzüglich an die jeweiligen Anleger zurückzuzahlen.

II.

Gemäß § 44c Abs. 1 KWG ersuche Ich Sie, mir über den Umfang des betriebenen Einlagengeschäfts und die damit verbundenen Zahlungsflüsse zu berichten, indem Sie

1.

mir innerhalb von **zwei Wochen ab Zustellung** dieses Bescheides eine aktualisierte, vollständige Aufstellung übermitteln, aus der sich sämtliche Anleger in alphabetischer Reihenfolge mit Namen, Anschrift und der Summe der von diesen auf der Grundlage der Verträge angenommen, unbedingt rückzahlbaren Gelder ergeben, soweit Sie diese bei Zustellung dieses Bescheides noch nicht zurückgezahlt haben;

2.

mir innerhalb von **zwei Wochen ab Zustellung dieses Bescheides** eine Auflistung folgender Konten unter Beifügung der diesbezüglichen Kontounterlagen (insbesondere Kontoeröffnungsunterlagen, Kontoauszüge) übermitteln:

- a) deren Inhaber Sie allein oder gemeinsam mit Dritten sind;
- b) über die Sie Verfügungsbefugt sind;
- c) über die aufgrund der Verträge Anlegergelder angenommen oder weitergeleitet werden bzw. auf denen aktuell entsprechende Gelder vorhanden sind.

3.

mir innerhalb von **vier Wochen ab Zustellung dieses Bescheides** durch geeignete Unterlagen die vollständige Abwicklung des von Ihnen aufgrund der Verträge unerlaubt betriebenen Einlagengeschäfts nachweisen.

III.

1.

Für den Fall, dass Sie meinen Anordnungen zu **Ziffer I.1., 2. und/oder 3.** des Tenors dieses Bescheides nicht innerhalb einer Frist von **zwei Wochen ab Zustellung dieses Bescheides** nachkommen sollten, drohe ich Ihnen hiermit gemäß § 13 des Verwaltungs-Vollstreckungsge-

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht



BaFin

Selste 3 | 10

setzes (VwVG) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz - FlnDAG) für jeden einzelnen Verstoß die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von jeweils

200.000,00 Euro
(in Worten: zweihunderttausend Euro)

an.

2.

Ferner drohe ich Ihnen für den Fall, dass Sie Ihren Auskunfts- und Vorlegungspflichten zu Ziffer **II.1.**, **2.** und/oder **3.** des Tenors dieses Bescheides nicht oder nicht vollständig innerhalb der dort angegebenen Fristen nachkommen sollten, für jeden einzelnen Verstoß die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von jeweils

200.000,00 Euro
(in Worten: zweihunderttausend Euro)

an.

IV.

Für die Anordnung zu **Ziffer I.** des Tenors dieses Bescheides setze ich gemäß § 14 Abs. 1 und 2 FlnDAG in Verbindung mit § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Erhebung von Gebühren und die Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz (FlnDAGKostV) und Nummer 1.1.16.1.1. des Gebührenverzeichnis dieser Verordnung eine Gebühr von

10.000,00 Euro
(In Worten: zehntausend Euro)

fest.

Begründung:

I.

1.

Auf der Internetseite <http://reichsbank.org/de/anlegerprojekte.html> bewerben Sie „Anlegerprojekte“ Ihrer „Königlichen Reichsbank“ (nachfolgend KRB), einem nicht eingetragenen Verein.



Seite 4 | 10

Anleger können sich demnach über einen „Vertrag über ein partiarisches Darlehen / Genußrecht (Beteiligungsdarlehen, Genußrecht)“ (nachfolgend Verträge) an einem „Projekt“ beteiligen. Muster der Verträge sind unter <http://reichsbank.org/de/anlegerprojekte.html> abzurufen.

Mit den Verträgen versprechen Sie den Anlegern eine „Gewinnbeteiligung“, die

„[...] einzig und ausschließlich durch Beteiligung des Darlehensgebers am jährlichen Gewinn des Zweckbetriebes/Staatsbetriebes oder des Unternehmens des Darlehensnehmers in Höhe von 0,04 % des nach Maßgabe nachfolgender Bestimmungen ermittelten Jahresgewinns, minimal jedoch 2% und maximal jedoch 9 % der jeweils aushaftenden Darlehenssumme.“ (§ 2 Abs. 1 der Verträge)

Eine Verlustbeteiligung schließen Sie in § 2 Abs. 3 der Verträge ausdrücklich aus. § 3 der Verträge ordnet die Nachrangigkeit der Forderungen der Anleger in der Insolvenz an.

2.

Mit Schreiben vom 28.10.2013, Ihnen am gleichen Tag zugefaxt, teilte ich Ihnen mit, dass ich aufgrund der oben genannten Tatsachen davon auszugehen hätte, dass Sie in erlaubnispflichtiger Weise das Einlagengeschäft im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG betreiben und gab Ihnen daher gemäß § 28 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vor dem Erlass förmlicher Maßnahmen nach §§ 37, 44c KWG Gelegenheit zur Stellungnahme. Sie reagierten auf dieses Schreiben nicht.

II.

Die formellen und materiellen Voraussetzungen des § 37 Abs. 1 Satz 1 und 2 KWG sind erfüllt (unter 1.). Der Erlass einer Untersagungsverfügung mit Abwicklungsanordnung ist verhältnismäßig (unter 2.).

Vorab stelle ich fest, dass Sie persönlich Betreiber des unerlaubt betriebenen Einlagengeschäfts sind. Zwar werden die Verträge formal zwischen den Anlegern und einem „Darlehensnehmer“ geschlossen - offiziell tritt die „Königliche Reichsbank“ also lediglich als Vermittlerin zwischen Dritten auf. Jedoch muss ich davon ausgehen, dass Sie die „Darlehensnehmer“ lediglich als „Strohleute“ vorschleiben, um Ihre eigene Verantwortlichkeit für diese Geschäfte zu verschleiern. Ich habe bereits in meiner Untersagungsverfügung vom 16.07.2013 dargelegt, dass innerhalb der von Ihnen geschaffenen Strukturen ein eigenständiges



Seite 5 | 10

Handeln von Dritten nicht zu erwarten ist und verwelse zur Vermeidung von Wiederholungen auf meine dortigen Ausführungen.

Dass das spätestens am 20.11.2013 veröffentlichte Muster der Verträge **ausschließlich** Herrn Stöckel als „Darlehensnehmer“ vorsieht, also sämtliche „Darlehen“ ausschließlich an Herrn Stöckel gewährt werden sollen, stützt meine Annahme, dass tatsächlich nicht lediglich Darlehen zwischen Dritten vermittelt werden, sondern faktisch Sie diese Gelder annehmen und verwalten. Dass Herr Stöckel lediglich als Ihr „Strohmann“ zu werten ist, habe Ich Ihnen bereits in meinem o. g. Bescheid dargelegt, auf dessen Ausführungen in nochmals verweise.

Damit sind Sie als „Hintermann“ nach allgemeinem Gewerbeordnungsrecht für den unerlaubten Geschäftsbetrieb verantwortlich und somit ordnungspflichtig.

1. Ermächtigungsgrundlage § 37 Abs. 1 KWG

Sie betreiben mit den Verträgen in erlaubnispflichtiger Weise Bankgeschäfte, namentlich das Einlagengeschäft im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG i. V. m. § 32 Abs. 1 KWG.

Das Einlagengeschäft betreibt in erlaubnispflichtiger Weise, wer im Inland gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, fremde Gelder als Einlagen oder andere unbedingt rückzahlbaren Gelder des Publikums annimmt, sofern der Rückzahlungsanspruch nicht in Inhaber- oder Orderschuldverschreibungen verbrieft ist.

Bei den Verträgen handelt es sich um Darlehensverträge im Sinne des § 488 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). Dies folgt bereits aus der Bezeichnung der Vertragspartei als „Darlehensgeber“ und „Darlehensnehmer“, der Verträge als „Vertrag über ein partiarisches Darlehen“ sowie des Vertragsgegenstandes als „Darlehensbetrag“ (§ 1 Abs. 2 Satz 1 der Verträge) bzw. „Darlehen“ (bspw. § 1 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 der Verträge). Ihre Anleger haben damit einen Anspruch auf Rückzahlung Ihrer Darlehen - vgl. § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB. Die Verträge enthalten keine Klauseln, die geeignet wären, den Rückzahlungsanspruch wirksam zu bedingen. Insbesondere der Ausschluss jeglicher Verlustbeteiligung in § 2 Abs. 3 der Verträge belegt dies. Auch die Nachrangklausel in § 3 der Verträge führt zu keinem Ausschluss der Rückzahlbarkeit oder deren Bedingung, da der Nachrang nur im Insolvenzverfahren gilt. Die Bezeichnung der Verträge als „partiarisches Darlehen“, „Genußrecht“ und „Beteiligungsdarlehen“ ist damit bankaufsichtlich unerheblich. In meinem Merkblatt „Hinweise zum Tatbestand des Einlagengeschäfts“ vom 04.08.2011 - auf das Ich zur Vermeidung von



Seite 6 | 10

Wiederholungen verwelse - habe ich die Voraussetzungen dargelegt, unter denen solche unternehmerischen Beteiligungen den Tatbestand des Einlagengeschäfts ausschließen. Diese Voraussetzungen erfüllen Ihre Verträge nicht.

Dass Sie den „Darlehensgeber“ in Ihren Verträgen zunächst als „Mitarbeiter“ bezeichnen, lässt die Publikumselgenschaft der Anlegergelder nicht entfallen (Ihre „Mitarbeiter“ haben keinen beherrschenden Einfluss auf Sie), sondern stellt zudem ein Verbotenes Geschäft nach § 3 Nr. 1 KWG dar - sollte dies den Tatsachen entsprechen, betreiben Sie durch die Annahme von Mitarbeitergeldern eine Werkssparkasse.

Sie handeln auch gewerbsmäßig. Bereits Ihre Internetwerbung belegt, dass Sie das den Verträgen zugrunde liegende Geschäftsmodell auf Dauer angelegt haben. Ihre Gewinnerzielungsabsicht ist aus dem Umstand zu folgern, dass Sie mit den Einnahmen aus den Verträgen weitere - ihrerseits auf eine Gewinnerzielung ausgerichtete - Unternehmungen finanzieren.

Darüber hinaus haben Sie keine Erlaubnis nach § 32 Abs. 1 KWG und sind auch nicht zum Geschäftsbetrieb im Inland befugt.

2. Ermessen

Gemäß § 37 Abs. 1 KWG steht die Entscheidung über die zur Einstellung des unerlaubten Geschäftsbetriebes erforderlichen Maßnahmen in meinem pflichtgemäßen Ermessen.

Sowohl die Untersagungsverfügung als auch die Abwicklungsanordnung halten die gesetzlichen Grenzen des Ermessens ein. Sie sind geeignet, erforderlich und belasten Sie nicht unverhältnismäßig.

a) Dies gilt zunächst für die Anordnung zur Einstellung des Geschäftsbetriebs, soweit Sie über die Verträge unbedingt rückzahlbare Publikums-gelder annehmen, sowie für die Anordnung der Einstellung Ihrer Werbung und Ihres Vertriebs dieser Verträge (**Ziffern I. 1. und I. 2. des Tenors dieses Bescheides**).

Die förmliche, gebührenpflichtige und zwangsgeldbedrohte Untersagung, mit den Verträgen weiterhin unbedingt rückzahlbare Publikums-gelder anzunehmen, ist ebenso wie die Untersagung entsprechender Werbung geeignet, um Sie vom weiteren unerlaubten Betrieb des Einlagenge-schäfts abzuhalten. Dabei ist unerheblich, ob Sie tatsächlich bereits entsprechende Verträge geschlossen haben - das Einlagengeschäft wird nach meiner ständigen Verwaltungspraxis bereits mit der Werbung für entsprechende Geschäfte betrieben.



Seite 7 | 10

Darüber hinaus ist die Untersagung des erlaubnispflichtigen Geschäftsbetriebs und der Werbung für selbigen auch erforderlich. Neben dieser Maßnahme steht mir kein milderer Mittel zur Verfügung, das in gleicher Weise geeignet wäre, Sie nachhaltig vom erlaubnispflichtigen Betrieb des Einlagengeschäfts ohne meine entsprechende Erlaubnis abzuhalten. Schon allein der Umstand, dass Sie erneut das Einlagengeschäft betreiben, obwohl ich Ihnen dies erst kürzlich untersagt habe und Sie auch durch die Festsetzung von Zwangsgeldern nicht zur Beachtung der Erlaubnispflicht nach § 32 Abs. 1 KWG anhalten konnte, kann ich nicht feststellen, dass Sie Ihr nunmehr betriebenes Einlagengeschäft allein aufgrund eines formlosen Hinweises auf Ihre Erlaubnispflicht einstellen werden.

Die förmliche, gebührenpflichtige und zwangsgeldbewehrte Untersagung des Geschäftsbetriebs sowie der Werbung für diesen belastet Sie nicht unverhältnismäßig. Sie betreiben unter dem Erlaubnisvorbehalt des § 32 Abs. 1 KWG stehende Bankgeschäfte, ohne eine entsprechende Erlaubnis zu haben. Dieses Verhalten ist gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 KWG strafbar und somit nicht schutzwürdiger als die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes.

b) Die Anordnung unter Ziffer I. 3. des Tenors dieses Bescheides ist ebenfalls verhältnismäßig.

Sie ist geeignet, um die unverzügliche Abwicklung der von Ihnen ohne meine Erlaubnis betriebenen Einlagengeschäfte und damit die Wiederherstellung eines bankaufsichtlich ordnungsgemäßen Zustandes sicherzustellen.

Sie ist darüber hinaus auch erforderlich, da keine mildereren Mittel vorliegen, die in gleicher Weise geeignet wären, Sie zur umgehenden Rückabwicklung Ihrer erlaubnispflichtig betriebenen Einlagengeschäfte anzuhalten. Wie bereits zuvor ausgeführt, kann ich nicht feststellen, dass Sie bereit wären, allein auf der Grundlage eines formlosen Hinweises auf die Erlaubnispflicht Ihrer Geschäftstätigkeit diese zu unterlassen und in einer bankaufsichtlich ordnungsgemäßen Art abzuwickeln.

Die mit der Abwicklungsanordnung verbundene Verpflichtung zur unverzüglichen Rückzahlung der Einlagen an Ihre Anleger belastet Sie auch nicht unverhältnismäßig. Das öffentliche Interesse an der Integrität des Finanzsystems erfordert ein umgehendes Einschreiten gegen Ihren erlaubnispflichtigen Geschäftsbetrieb, hinter das Ihr privates Interesse an einer fortgesetzten Nutzung der Einlagen Ihrer Anleger zurücktritt.

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht



BaFin

Selbst 8 | 10

Dem Erlass einer Abwicklungsanordnung steht auch nicht entgegen, dass der tatsächliche Umfang Ihres unerlaubten Geschäftsbetriebs derzeit unbekannt ist. Allein der Umstand, dass durch Aufklärungsmaßnahmen eine weitere Verzögerung einträte, die es Ihnen ermöglichte, weiterhin Ihren unerlaubten Aktivitäten nachzugehen und über die Verträge weitere unbedingt rückzahlbaren Publikumsgelder einzuwerben, macht den umgehenden Erlass einer Abwicklungsanordnung erforderlich. Auch dies führt für Sie zu keiner unzumutbaren Mehrbelastung.

III.

Gemäß § 44c Abs. 1 Satz 1 KWG bin ich befugt, von Ihnen Auskünfte über Ihre Geschäftsangelegenheiten und die Übersendung von Geschäftsunterlagen zu verlangen.

Von dieser Befugnis mache ich nach Maßgabe der **Ziffer II.** des Tenors dieses Bescheides Gebrauch.

Gemäß §§ 44c Abs. 5, 44 Abs. 6 KWG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder einen Ihrer in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 Zivilprozessordnung (ZPO) genannten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Die Vorlegungspflicht wird hiervon nicht berührt.

IV.

1.

Um die Beachtung der mit dieser Verfügung ausgesprochenen Anordnungen sicherzustellen, habe ich unter **Ziffer III.1.** und **2.** des Tenors dieses Bescheides jeweils die Festsetzung eines Zwangsgeldes gemäß §§ 9, 11, 13 Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz (VwVG) in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz - FinDAG) in Höhe von 200.000,00 Euro angedroht. Ich werde die angedrohten Zwangsgelder festsetzen, wenn Sie meinen Anordnungen zu **Ziffer I.** und **II.** des Tenors dieses Bescheides nicht oder nicht vollständig nachkommen sollten.

Gemäß § 17 FinDAG beträgt die Höhe des Zwangsgeldes bis zu 250.000,00 Euro. Da Sie bereits in der Vergangenheit wiederholt und bewusst gegen die von mir durchgesetzten Aufsichtsgesetze verstießen und meinen Weisungen bis in die jüngste Vergangenheit und trotz der Festsetzung mehrerer Zwangsgelder nicht nachkamen, muss ich davon

**Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht**



BaFin

Selste 9 | 10

ausgehen, dass Ich die Ihnen aufgegebenen Verpflichtung nur mit der Androhung eines Zwangsgeldes von 200.000,00 Euro durchsetzen kann.

2.

Die Gebühr gemäß Ziffer **IV.** des Tenors dieses Bescheides wird gemäß § 14 Abs. 1 und 2 FinDAG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Erhebung von Gebühren und die Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz (FinDAGKostV) und der Ziffer 1.1.16.1.1. des Gebührenverzeichnisses dieser Verordnung festgesetzt. Nach dieser Vorschrift ist für die Anordnung der sofortigen Einstellung des Geschäftsbetriebs im Hinblick auf das Betreiben des Einlagen-geschäfts oder dessen Abwicklung eine Gebühr in Höhe von 10.000,00 Euro zu erheben.

Die Gebühr in Höhe von **10.000,00 Euro** ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieser Verfügung unter Angabe des Kassenzelchens

**BaFin 11574064774 0,
Az. Q 32-QF 5000-2013/0088 (44590) - Go**

auf das nachstehende Konto einzuzahlen:

Deutsche Bundesbank, Filiale Saarbrücken

BLZ 590 000 00

Konto-Nr. 590 010 20

IBAN: DE 81590000000059001020

BIC: MARKDEF 1590

Ich weise darauf hin, dass die erhobene Gebühr innerhalb der angegebenen Frist auch bei etwaiger Einlegung eines Widerspruchs zu entrichten ist, da dem Widerspruch gegen die Festsetzung der Gebühr nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 VwGO keine aufschiebende Wirkung zukommt. Bei versäumter oder nur anteiliger Zahlung haben Sie mit weiteren Kostenerhebungen für Mahngebühren- und Auslagen zu rechnen.

3. sofortige Vollziehbarkeit

Gemäß § 49 KWG hat der Widerspruch gegen Maßnahmen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf der Grundlage der §§ 37, 44c KWG keine aufschiebende Wirkung.

V.

Vorsorglich merke Ich an, dass Sie auch mit Ihrem unter <http://koenigreichdeutschland.de/de/neuigkeit-anzeigen/staatsbesuch->

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht



BaFin

Seite 10 | 10

In-paraguay.html#main_top beworbenen „Anlageprojekt“ gegen meine vorliegende Verfügung verstoßen, wenn Sie hierfür auf der Grundlage der Verträge unbedingt rückzahlbare Publikumsgelder annehmen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, oder Marie-Curie-Straße 24 - 28, 60439 Frankfurt am Main, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Im Auftrag
gez. Gohr



Beglaubigt

Bach-Prautmann

Tarlfbeschäftigte